

Michael Grosse-Brömer

Mein Brief aus Berlin

Ausgabe Nr. 38

18. Juni 2004



Dem Widerstand gegen die Diktatur gedenken



Liebe Leserinnen und Leser, gestern hatten wir Anlass, dem Aufstand zum 17. Juni 1953 in der DDR zu gedenken. Dieses Aufbegehren gegen die sozialistische Diktatur steht noch heute für ein Engagement gegen staatliche Willkür und Unterdrückung. Der 17. Juni wies den Weg in der deutsch-deutschen Geschichte bis zur Wiedervereinigung 1990.

Ihr
Michael Grosse-Brömer

Der 17. Juni

Von Michael Grosse-Brömer

Für die meisten von uns war gestern ein ganz normaler Arbeitstag. Doch der 17. Juni ist, obwohl er nur noch ein nationaler Gedenktag und kein offi-

zieller Feiertag mehr ist, ein wichtiges Datum für Deutschland. Vor 51 Jahren fanden mehr als eine Million Menschen in der ehemaligen DDR den Mut, sich gegen das dort existierende System zu erheben.

Ging es vielen Arbeitern im Vorfeld dieses Tages noch gegen die willkürliche Anhebung der Arbeitsnorm durch die Regierung Ulbricht und die Versorgungsengpässe, hatte der Höhepunkt des Massenprotests eine weit darüber hinausgehende Bedeutung. Zum ersten Mal lehnte sich ein Volk im Herrschaftsbereich der Sowjetunion öffentlich gegen die undemokratische Unterdrückung und die staatliche Willkür auf. An mehr als 400 Orten und in rund 600 Betrieben landesweit wich der Alltag dem öffentlichen Protest. Und das in einem System, das durch die Macht und Überwachung von Sicherheitsorganen und dem Militär geprägt war. Volkspolizei und Rote Armee waren es auch, die den Auftrag erhielten, die Erhebung mit Panzern und Waffengewalt niederzuschlagen. Die genaue Zahl der Opfer ist bis heute nicht bekannt. Unter ihnen

waren allerdings auch etwa 20 Polizisten und 40 sowjetische Soldaten, die sich weigerten, auf die protestierenden Menschen zu schießen. Sie wurden selbst standrechtlich erschossen. Tausende angeblicher Rädelsführer wurden inhaftiert. Teilweise viele Jahre lang.

Es ist wichtig, dass wir all diese Opfer, die sich mutig gegen den totalitären Staat und seine Willkür stellten, nicht vergessen. Dabei geht es nicht nur um die Bewahrung unserer eigenen Geschichte. Wir Deutschen können aus den Ereignissen immer noch für unser künftiges Handeln lernen. Denn auch heute gilt: Wer Frieden in der Welt erreichen will, muss Charakter, Freiheit, Menschenwürde und Selbstbestimmung der Völker achten. Er muss wissen, dass man ein Volk nicht gegen seinen Willen, und ohne auf Dauer auch den Frieden andere Völker zu gefährden, auseinander reißen darf.

Der 17. Juni 1953 ist aber auch künftig Vermächtnis und Auftrag an uns Politiker, zu gewährleisten, dass Deutschland trotz aller wirtschaftlichen und sozialen Probleme eins ist und bleibt.

Ausbildungsplatzabgabe vor dem Aus

Nach dem Nein der unionsgeführten Bundesländer im Bundesrat zur Ausbildungsplatzabgabe ist es zum Abschluss eines Ausbildungspaktes zwischen Politik und Wirtschaft gekommen. Die Einführung einer gesetzlichen Ausbildungsumlage, das vom SPD-Parteitag beschlossene und von Franz Müntefering vehement vertretene Projekt, sollte damit endgültig vom Tisch sein.

Die deutschen Unternehmen haben sich verpflichtet, während der dreijährigen Laufzeit des Paktes durchschnittlich 30.000 neue Lehrstellen pro Jahr zu schaffen. Die Union sieht sich daher in ihrer Haltung bestärkt, die freiwillige Initiative der Unternehmen zur Schaffung der dringend benötigten Ausbildungsplätze einzufordern. Wäre es nach den Plänen der SPD gegangen, stünde die unbrauchbare, aber folgenreiche Ausbildungsplatzabgabe nun im Gesetzbuch. (so)

Voller Erfolg bei Europawahl

Das gute Ergebnis der Bundes-CDU bei den Europawahlen wurde in den niedersächsischen Landeskreisen noch deutlich übertroffen. So erreichte die Partei in Soltau-Fallingb. fast 49 % und in Harburg 47 %. Die CDU konnte die Sozialdemokraten nach deren erdrutschartigen Verlusten um jeweils nahezu 25 % überflügeln.

So ist Ewa Klant zu ihrem Wiedereinzug in das von Christdemokraten dominierte Europä-



Minister Ehlen und MGB einig: Kein neues Jagdgesetz

Eine Novellierung des Bundesjagdgesetzes ist nicht notwendig, darin sind sich Michael Grosse-Brömer und der niedersächsische Minister für den ländlichen Raum, Heinrich Ehlen, einig. Das bestehende Gesetz und die Jäger selbst hätten hinsichtlich des Natur-, Tier- und Umweltschutzes längst den Standard erreicht, den das vermeintliche Reformpapier aus dem Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft nun anstrebt. Dies stellten der Landesminister und der Bundestagsabgeordnete einmütig bei einer Veranstaltung vor 40 Jägern in Garlstorf fest. (cps)

Im Reichstag zu Gast

Besuch aus dem Landkreis Harburg empfing Michael Grosse-Brömer im Reichstagsgebäude. So fand ein Informationsaustausch mit Bürgermeister Hans-Hermann Putensen aus Garlstorf und dem Vorsitzenden der Kreisjägerschaft im

Landkreis Harburg, Horst-Günter Jagau, statt. (so)



Im Regierungsviertel...

...sahen 49 Bürger aus dem Heidekreis und dem Harburger Land Bundestag, Ministerien und die Niedersächsische Landesvertretung. Auf Einladung von Michael Grosse-Brömer verbrachten die Teilnehmer drei Tage in der Hauptstadt.



Terminauswahl:

- 19.06.2004 Besuch der Military-EM mit Christian Wulff
- 21.06.2004 Hochwasserschutzkonferenz, Rethem
- 25.06.2004 Jury-Sitzung zur Vergabe des Bürgerpreises
- 26.06.2004 30 Jahre CDU Essel
- 01.07.2004 Amtsübergabe des Bundespräsidenten

Michael Grosse-Brömer MdB

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Email: michael.grosse-
broemer@bundestag.de